

# **Entwurf zur Beschlussempfehlung zum Doppelhaushaltsplanentwurf 2012/2013**

## **Die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der BVV Pankow**

Die BVV möge beschließen:

Die BVV stimmt dem Entwurf des Doppelhaushaltsplanes 2012/2013 für den Bezirk Pankow (einschl. Vorberichte und Stellenplan) in der durch die 1. Nachschiebeliste sowie durch die Beschlussempfehlung geänderten Fassung zu.

### **I.**

Folgende Ansätze im Entwurf des Doppelhaushaltsplans 2012/2013, geändert durch die 1. Nachschiebeliste des Bezirksamtes, werden geändert (siehe **Exel-Tabelle im Anhang**) sowie durch folgenden Änderungsbeschluss:

### **Änderungsbeschluss zum Wirtschaftsplan der Parkraumbewirtschaftung**

Der Wirtschaftsplan 2012- 2013 der Parkraumbewirtschaftung des Bezirkes Pankow von Berlin wird wie folgt geändert:

1. Die Einnahmen aus 451 Parkscheinautomaten werden in 2012 um 145.000 € erhöht und mit 2,845 Mio. € in Ansatz gebracht.
2. Der Defizitausgleich aus der Position Bezirkshaushalt wird auf 2.047.000 € um 145.000 € abgesenkt.

### **II.**

Der Punkt III. der Bezirksamtsvorlage wird durch folgende Formulierung ersetzt:

- a. Konzentration von Verwaltungsimmobilien
  1. Die Verwaltung des Bezirks soll in einem zentralen Standort gebündelt werden: Bürgerämter sollen in den drei Alt-Bezirksteilen erhalten werden.
  2. Die Aufgabe der Verwaltungsstandorte Fröbelstraße 17 (mit den unten aufgeführten Einschränkungen), Darßer Straße 203-205, Rathaus Weißensee (Berliner Allee 252-260), Berliner Allee 100 sowie Storkower Straße 97 wird angestrebt.
  3. Auf dem Gelände Fröbelstraße 17 sollen ein Bürgeramt, ein Standort der Parkraumbewirtschaftung und die regionalen sozialen Dienste des Jugendamtes verbleiben. Das entsprechende Haus wird nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgewählt. Auch ein Neubau ist zu prüfen. Alle anderen Dienste werden an einem zentralen Ort zusammengezogen, dies gilt auch für die Bezirksverordnetenversammlung.
  4. Das Gelände Fröbelstraße ist schnellst möglich – spätestens aber zum 01.07.2012 - dem Liegenschaftsfonds Berlin GmbH zu übergeben. Bis zu dem geplanten Umzug verbleibt das Bezirksamt als Mieter am Standort. Die künftigen Nutzungen sollen in einem städtebaulichen Gutachterverfahren mit anschließendem Bebauungsplanverfahren sowie mit einer intensiven Bürgerbeteiligung festgelegt werden. Luxuswohnen ist auszuschließen. Ziel ist soziale und stadtverträgliche Entwicklung des gesamten Stadtquartiers. Das gesamte Gelände oder Teilflächen davon dürfen ausschließlich in

- Erbbaurecht im Rahmen eines Konzeptverfahrens vergeben werden. Eine Vergabe von Erbbaurechten kann erst erfolgen, wenn der Umzug des Bezirksamtes an einen zentralen Standort sowie der Standort für das Bürgeramt, die regionalen sozialen Dienste sowie für die Parkraumbewirtschaftung auf dem Gelände gesichert sind.
5. Die für die Sanierung des Geländes Fröbelstraße in 2012 durch Aufstockung des baulichen Unterhaltes aus der Investitionsplanung geplanten Ausgaben in Höhe von 1,42 Mio. € werden in 2012 zielgerichtet für Sanierungsmaßnahmen in Schulen eingesetzt. Den ersten Schwerpunkt bilden dabei die Sanierung der Jugendkunstschule (Wiederherstellung der Theateretage) sowie dringende anliegende Maßnahmen des Brandschutzes an den Pankower Schulen.
  6. Für das Bürgeramt im Rathaus Weißensee wird eine Verlagerung in die Bizetstraße 27/41 angestrebt.
  7. Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Verhandlungen mit den Anbietern für ein Mietobjekt für die Pankower Verwaltung zügig zum Abschluss zu bringen, um bis zur Sommerpause die notwendige Vorlage an den Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses einbringen zu können. Ziel ist ein Einzug zum Januar 2013.
  8. Dem Ausschuss für Finanzen, Personal und Immobilien ist monatlich über die Umsetzung dieses Beschlusses schriftlich Bericht zu erstatten.
- b. Sicherung und Weiterentwicklung des Kulturstandortes Ernst-Thälmann-Park
1. Für den Standort sind Verhandlungen mit der GSE gGmbH zur schnellstmöglichen Übergabe des Standortes in deren Treuhandvermögen aufzunehmen. Voraussetzungen für die Übergabe sind:
    - i. Unbefristete Mietverträge für die kommunalen Einrichtungen Galerie Parterre, Theater unterm Dach und Wabe bei verbesserter Wirtschaftlichkeit im Rahmen der Kosten-Leistungs-Rechnung
    - ii. Auszug der bezirklichen Kulturverwaltung und Vermietung der Räume an kulturelle Nutzer durch die GSE gGmbH
    - iii. Sicherung und Weiterentwicklung der Arbeit der freien Träger am Standort (Kunsthause.V. etc.)
    - iv. Bildung eines Beirates unter Leitung des Bezirksamtes sowie unter Einbeziehung der BVV, der Künstlerinnen und Künstler sowie der Nutzerinnen und Nutzer
  2. Dem Ausschuss für Finanzen, Personal und Immobilien sowie dem Ausschuss für Kultur und Weiterbildung ist monatlich über die Umsetzung des Beschlusses Bericht zu erstatten.
- c. Das Bezirksamt wird aufgefordert, alternative Immobilienkonzepte zur Sicherung und Weiterentwicklung kommunaler Angebote (insbesondere der Brotfabrik, der Danziger Str. 50 und der Esmarchstr. 18) zu prüfen.
- d. Die Galerie Pankow wird zum November 2013 in bezirkseigene Räumlichkeiten verlagert. Eine Aufgabe des Standortes in der Breiten Straße 8 erfolgt im November 2013 (Kündigung des Mietvertrages im April 2013).
- e. Für die Entwicklung des Musikschulangebotes in den Ortsteilen Buch und Karow ist der BVV am 01.09.2012 ein Konzept vorzulegen.

### III.

Der Doppelhaushaltsplan 2012/2013 für den Bezirk Pankow wird mit folgenden Auflagenbeschlüssen, Deckungsvermerken, qualifizierten Sperrungen und Verpflichtungsermächtigungen versehen:

#### **Auflagenbeschluss (Nr. 01/Kap. 3300): Aufgaben aus dem Partizipations- und Integrationsgesetz**

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich gemeinsam mit den anderen Bezirken für eine Zuweisung von Mitteln für die Aufgaben, die aus dem Partizipations- und Integrationsgesetz folgen einzusetzen.

#### **Auflagenbeschluss (Nr. 02/Kap. 3304): Verstärkung der Mittel für die Aus- und Fortbildung**

Der Titel 52501 (Aus- und Fortbildung) soll zusätzlich mit nicht verausgabten Personalmitteln aus den Titeln 42201 (Bezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen) und 42801 (Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten) in gleicher Höhe der Ansätze für 2012 und 2013 verstärkt werden.

#### **Auflagenbeschluss (Nr. 03/Kap. 3304): Konkretisierung des Personalentwicklungskonzeptes für den Bereich Aus- und Fortbildung**

Das Bezirksamt schreibt das Personalentwicklungskonzept fort und ermittelt in den Abteilungen den Fort- und Weiterbildungsbedarf. Hierbei sind Prioritäten beim Einsatz der Mittel entsprechend der Zielstellungen des Personalentwicklungskonzeptes festzulegen. Das Bezirksamt berichtet hierüber der BVV in einer Vorlage zur Kenntnisnahme zur Drs. VI-0061, Personalentwicklungskonzept.

#### **Auflagenbeschluss und qualifizierter Sperrvermerk (Nr. 04/Kap. 3306, 3307, 3330, 4211): Wiederbesetzung von Personalstellen in den Kapiteln 3306, 3307, 3330, 4211**

Die Wiederbesetzung von Personalstellen in den Kapiteln 3306, 3307, 3330, 4211 bedürfen zuvor der Zustimmung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Immobilien.

#### **Auflagenbeschluss und qualifizierter Sperrvermerk (Nr. 05/Kap. 3330): Gutachten für die Fortentwicklung der Angebote in der Jugendarbeit**

Die Abteilung Jugend und Facilitymanagement beauftragt ein Gutachten zur Fortentwicklung der Angebote in der Jugendarbeit. Hierbei sind insbesondere die Veränderungen in der Schullandschaft durch die Schulstrukturreform sowie die Ausweitung von Ganztagsangeboten an Schulen zu berücksichtigen. Der im Kapitel neu eingerichtete Titel 52610 (Gutachten) erhält den Zweckvermerk Gutachten für die Fortentwicklung der Angebote in der Jugendarbeit. Der Titel wird durch eine qualifizierte Sperre versehen. Die Freigabe erfolgt durch den Kinder- und Jugendhilfeausschuss und durch den Ausschuss für Finanzen, Personal und Immobilien (federführend).

#### **Auflagenbeschluss (Nr. 06/Kap. 3340): Gutachten für die Verbesserung der Personalsituation im Sozialamt sowie Gutachten für die Fortentwicklung der sozialen Angebote in den Pankower lebensweltlich orientierten Räumen (LOR)**

Die Abteilung Soziales, Gesundheit, Schule und Sport beauftragt ein Gutachten mit dem Ziel, Maßnahmen für eine Verbesserung der Personalsituation in den Leistungsbereichen des Sozialamtes (Hilfen nach dem SGB XII) zu entwickeln. Die Abteilung beauftragt ein weiteres Gutachten mit der Zielstellung, die Versorgung der Pankower lebensweltlich orientierten Räumen (LOR) mit Angeboten der sozialen Infrastruktur zu untersuchen und Vorschläge zu entwickeln, wie durch eine

Zusammenfassung von sozialen Angeboten z.B. in Form von Nachbarschaftszentren ein gemeinwesenorientiertes Angebot geschaffen werden kann. Dabei sind insbesondere präventive Ansätze zu verfolgen. Der im Kapitel neu eingerichtete Titel 52610 (Gutachten) erhält den Zweckvermerk „Gutachten für die Verbesserung der Personalsituation im Sozialamt“ sowie „Gutachten für die Fortentwicklung der sozialen Angebote in den Pankower lebensweltlich orientierten Räumen (LOR)“. Der Titel wird durch eine qualifizierte Sperre versehen. Die Freigabe erfolgt durch den Ausschuss für Finanzen, Personal und Immobilien.

#### **Auflagenbeschluss und Sperrvermerk (Nr. 07/Kap. 3350): Neuordnung der Pankower Bibliothekslandschaft**

Bei den Bibliotheken ist eine externe Untersuchung in Auftrag zu geben, die analysiert, warum der Bezirk mit ca. 672.000 BesucherInnen im Jahr so deutlich unter der Zielmarke anderer Bezirke bleibt. Erst nach Vorlage des externen Konzeptes kann für 2013 entschieden werden, ob die Fachbereichsleiterstelle Bibliotheken neu besetzt werden kann. Die Verstärkung in Höhe von 200.000 € im Titel wird durch einen qualifizierten Sperrvermerk versehen. Die Freigabe bedarf der Zustimmung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Immobilien.

#### **Auflagenbeschluss (Nr. 08/Kap. 3390, 3736): Umsetzung der Gärtnerstellen der Gartenarbeitsschule**

Das Bezirksamt setzt die Gärtnerarbeitsstellen für die Gartenarbeitsschule vom Kapitel 3390 in das Kapitel 3736 wieder um. Die Gartenarbeitsschule wird hiermit als bezirkliche Einrichtung gesichert. Das Bezirksamt prüft eine Übertragung an einen freien Träger.

#### **Auflagenbeschluss (Nr. 09/Kap. 3710, 3711, 3712, 3720, 3721, 3723): Controlling im Kultur- und Bildungsamt**

Die Abteilung Verbraucherschutz, Kultur, Umwelt und Bürgerservice legt dem Ausschuss für Finanzen, Personal und Immobilien rechtzeitig vor dem Beschluss zum Ergänzungsplan für das Haushaltsjahr 2013 (mindestens jedoch 4 Wochen vor dem Beschluss) in einem Entwicklungskonzept dar, wie in allen Produkten des Amt für Weiterbildung und Kultur eine spürbare Ergebnisverbesserung bei der KLR erreicht werden kann. Hiermit sind weitere folgende Auflagen verbunden:

- In der Abteilung wird ein wirksames Controlling eingerichtet über die Einnahmen und Ausgaben sowie über die Kostenentwicklung bei der KLR.
- Das Bezirksamt entwickelt Vorschläge, die einer Ergebnisverbesserung bei der KLR zum Ziel haben. Diese Vorschläge werden dem Ausschuss für Finanzen, Personal und Immobilien zur Kenntnis gegeben.
- In dem Entwicklungskonzept werden sowohl Maßnahmen und Ziele benannt als auch einzelne Meilensteine, zu denen Teilziele für eine Ergebnisverbesserung bei der KLR erreicht werden sollen. Die Monatsberichte sollen darstellen, wie der aktuelle Stand bei der Erreichung der Ziele/Teilziele ist. Hierbei soll von der Abteilung regelmäßig die Wirkung der Einzelmaßnahmen dargestellt und ggf. neue Vorschläge entwickelt werden, um die vorgegebenen Teilziele/Ziele zu erreichen.
- Das LuV Kultur- und Weiterbildung berichtet monatlich in einem schriftlich Bericht über das Erreichen der Ziele und über das aktuelle Monats-KLR-Ergebnis an den Finanzausschuss.

**Auflagenbeschluss und qualifizierter Sperrvermerk (Nr. 10/Kap. 3350, 3710, 3711, 3712, 3720, 3721, 3723): Wiederbesetzung von Personalstellen in den Kapiteln 3350, 3710, 3711, 3712, 3720, 3721, 3723**

Die Wiederbesetzung von Personalstellen in den Kapiteln 3350, 3710, 3711, 3712, 3720, 3721, 3723 bedürfen zuvor der Zustimmung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Immobilien.

**Deckungsvermerk und Zweckbindungsvermerk (Nr. 11/Kap. 3711): Zusätzliche Kurse in der VHS**

Überplanmäßige Mehreinnahmen in dem Titel 11120 (Entgelte für Bildungsangebote) können für Ausgaben in dem Titel 42701 (Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) eingesetzt werden. Der Deckungs- und Zweckbindungsvermerk wird im Haushaltsplan bei den genannten Titeln ergänzt.

**Deckungsvermerk und Zweckbindungsvermerk (Nr. 12/Kap. 3712): Zusätzlicher Musikunterricht in der Musikschule**

Überplanmäßige Mehreinnahmen in dem Titel 11120 (Entgelte für Bildungsangebote) können für Ausgaben in dem Titel 42701 (Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) eingesetzt werden. Der Deckungs- und Zweckbindungsvermerk wird im Haushaltsplan bei den genannten Titeln ergänzt.

**Deckungs- und Zweckbindungsvermerk (Nr. 13/Kap. 3720): Zusätzliche Angebote im Bezirksmuseum**

Überplanmäßige Mehreinnahmen in den Titeln 11901 (Veröffentlichungen) sowie 11979 (Verschiedene Einnahmen) können für Ausgaben in den Titeln 42701 (Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter), 53101 (Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit) und 54053 (Veranstaltungen) eingesetzt werden. Der Deckungs- und Zweckbindungsvermerk wird im Haushaltsplan bei den genannten Titeln ergänzt.

**Deckungs- und Zweckbindungsvermerk (Nr. 14/Kap. 3721): Zusätzliche Angebote im Bereich des Kunst- und Kulturamtes**

Überplanmäßige Mehreinnahmen in den Titeln 11122 (Eintrittsgelder) , 11901 (Veröffentlichungen), 11979 (Verschiedene Einnahmen) sowie 12401 (Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume) können für Ausgaben in den Titeln 42701 (Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter), 51140 (Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände), 54053 (Veranstaltungen) sowie 68569 (Sonstige Zuschüsse für konsumptive Zwecke im Inland, hier: Zuwendungen) eingesetzt werden. Der Deckungs- und Zweckbindungsvermerk wird im Haushaltsplan bei den genannten Titeln ergänzt.

**Auflagenbeschluss (Nr. 15/Kap. 3721): Galerie Pankow:**

Für die Galerie Pankow wird eine Verlagerung in bezirkseigene Räumlichkeiten angestrebt. Eine Aufgabe des Standortes in der Breiten Straße 8 erfolgt frühestens im November 2013 (Kündigung des Mietvertrages im April 2013).

### **Zweckbindungsvermerk (Nr. 16/3721): Wiederbeschaffung der Tonanlage im Theater unterm Dach**

Der Titel 51140 (Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände) erhält folgenden Zweckbindungsvermerk: Der Betrag von 20.000 € wird für die Wiederbeschaffung/Reparatur der Tonanlage im Theater unterm Dach vorgesehen.

### **Deckungs- und Zweckbindungsvermerk (Nr. 17/Kap. 3723): Bessere Ausstattung der Bezirksbibliotheken**

Überplanmäßige Mehreinnahmen in den Titeln 11108 (Entgelte für Benutzerausweise) und 11116 (Benutzungsentgelte) können für Ausgaben in den Titeln 42701 (Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) und 52306 (Archive und Sammlungen) eingesetzt werden. Der Deckungs- und Zweckbindungsvermerk wird im Haushaltsplan bei den genannten Titeln ergänzt.

### **Auflagenbeschluss (Nr. 18/EP 39): Außeneinstellungen im Sozialamt ermöglichen**

Das Bezirksamt ist nicht in der Lage auf dem bisherigen Weg freie Stellen im Sozialamt zu besetzen. Daher droht durch verspätete Abrechnungen ein Millionendefizit. Zugleich steigt die Arbeitsbelastung der bisherigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter, Arbeitsüberlastung und ein Ansteigen des Krankheitsstandes wären die Folge. Das Bezirksamt wird daher dringend aufgefordert, gegenüber dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin und der Senatsverwaltung für Finanzen den Antrag auf Genehmigung von Außeneinstellungen zu stellen.

### **Verpflichtungsermächtigung und Zweckbindungsvermerk (Nr. 19/Kap. 4211): Energieeinsparprojekt an Pankower Schulen**

Für das Energieeinsparprojekt an Pankower Schulen sind folgende Verpflichtungsermächtigungen vorzusehen:

2014: 150.000 €

2015: 150.000 €

2016: 150.000 €

Nach Ablauf des Projektzeitraums ist eine Neuausschreibung durchzuführen. Vor der Ausschreibung ist der BVV eine Auswertung der bisherigen Maßnahmen und ihrer Ergebnisse vorzulegen. Das folgende Projektdesign ist der BVV zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Titel erhält den Zweckbindungsvermerk „für das Energieeinsparprojekt an Pankower Schulen“.

### **Auflagenbeschluss (Nr. 20/Kap. 4212): Einnahmen aus dem Straßenausbaubeitragsgesetz**

Das Bezirksamt Pankow hat in der 1. Nachschiebeliste den Titel für die Einnahmen aus dem Straßenausbaubeitragsgesetz um 200.000 € auf null reduziert. Damit nimmt das Bezirksamt die absehbar geänderte Gesetzeslage vorweg. Die BVV nimmt mit diesem Beschluss diese Änderung zurück und stellt weiterhin eine pauschale Mehrausgabe in Höhe der Einnahmen aus dem Straßenausbaubeitragsgesetz ein. Der Bezirk Pankow hat in den letzten 5 Jahren auf der geltenden gesetzlichen Grundlage mit einem erheblichen Aufwand für die Planung und die Bürgerbeteiligung Straßenausbaumaßnahmen durchgeführt. Durch die absehbar geänderte gesetzliche Grundlage entgehen dem Bezirk Einnahmen in Höhe von ca. 6 Mio. €. Dieser Einnahmefall ist bei der Anwendung des Verursacherprinzips dem Bezirk durch den Senat zu erstatten. Das Bezirksamt wird

aufgefordert, diese Position gegenüber dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses und der Senatsverwaltung für Finanzen zu vertreten.

**Auflagenbeschluss und qualifizierter Sperrvermerk (Nr. 21, Kap. 4212): Herrichtung der Freifläche Darßer Straße**

Die Investitionsmaßnahme „Abriss der vorhandenen Baracke und Herrichtung der Freifläche Darßer Straße“ (Titel 71502 in Kapitel 4212) wird von der BVV grundsätzlich geprüft. Der Titel wird mit einem qualifizierten Sperrvermerk versehen. Die Freigabe bedarf der Zustimmung des Ausschusses für Finanzen, Immobilien und Personal.

**Auflagenbeschluss und qualifizierter Sperrvermerk (Nr. 22, Kap. 4720): Neubau einer Personalunterkunft**

Die Investitionsmaßnahme „Neubau der Personalunterkunft mit Werkstatt, Geräten- und Garagenräumen, Bürgerpark“ (Titel 71510 in Kapitel 4720) wird von der BVV grundsätzlich geprüft. Der Titel wird mit einem qualifizierten Sperrvermerk versehen. Die Freigabe bedarf der Zustimmung des Ausschusses für Finanzen, Immobilien und Personal.

**Auflagenbeschluss (Nr. 23): Ausgaben ohne Zuweisung der Senatsverwaltung für Finanzen**

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich für eine Produktzuweisung für die Angebote der Jugendkunstschule und der Gartenarbeitsschule einzusetzen, da hier offenbar Angebote ohne eine Zuweisung des Senates erbracht werden.

IV.

**Ergänzungsplan 2013**

Das Bezirksamt legt der BVV zeitnah nach der Übermittlung der Globalsumme für 2013 durch die Senatsverwaltung für Finanzen einen Entwurf für den Ergänzungsplan 2013 zur Beschlussfassung vor.

## **Begründung**

Die BVV legt einen ausgeglichenen Haushalt ohne Primärdefizit vor. Um dieses Ziel zu erreichen und zugleich die bezirklichen Einrichtungen im Kultur-, Sozial- und Jugendbereich zu erhalten, wurden die Einnahme- und Ausgabenansätze einer genauen Überprüfung unterzogen. Während es beim bezirklichen Personal so gut wie keine Einsparpotentiale mehr gibt, gibt es bei den bezirklichen Immobilien durchaus noch Optimierungsbedarf.

Die BVV erwartet, dass das Bezirksamt für 2013 der BVV einen Ergänzungsplan zur Beschlussfassung vorlegt. Daher wurde für 2013 auf Sperrvermerke verzichtet. Es versteht sich von selbst, dass erhebliche Veränderungen im Haushalt für 2013 anstehen, falls einzelne Abteilungen des Bezirksamtes die notwendigen strukturellen Maßnahmen nicht unverzüglich und zielgerichtet angehen.

### **A. Maßnahmen für die Einnahmen-Seite**

#### **Konzentration der Nutzung von Bürodienstgebäuden in einem großen Mietobjekt**

**Ziel: Strukturelle Entlastung bei den Bürodienstgebäuden für ein vielfältiges dezentrales kommunales Angebot in den Bereichen Soziales, Jugend und Kultur sowie gute Arbeitsplätze in der Verwaltung ohne ständigen Kürzungsdruck beim Personal**

Angestrebt wird eine „große Lösung“ - Bezirksamtsstandort Fröbelstraße sowie die weiteren Standorte Storkower Str. 97, Berliner Allee 100, Darßer Str. 203, Berliner Allee 252-260 werden aufgegeben (das Bürgeramt, der regionale Dienst Jugend und die Parkraumüberwachung verbleiben in der Fröbelstraße)

Wodurch entstehen langfristig die Einsparungen?

- Die möglichen Mietobjekte verfügen über passende Bürodiensträume (effektivere Flächennutzung) oder können entsprechend hergerichtet werden.
- Der Anteil der Verkehrsflächen ist erheblich geringer als z.B. in der Fröbelstraße oder im Rathaus Weißensee.
- Ein besserer energetischer Zustand verringert die Gebäudekosten.
- Eine höhere Verdichtung verringert grundsätzlich die Grundstückskosten.
- Mittel für den baulichen Unterhalt können gezielt für Schulen genutzt werden (dort besteht auch ein Instandhaltungsrückstau von ca. 100 Mio. €).
- Die Konzentration der Verwaltungsstandorte schafft für die Verwaltung "kurze Wege", so dass Wegezeiten fast vollständig wegfallen und die Zusammenarbeit auch ämterbergreifend erheblich erleichtert wird.

Welche direkten Einsparungen entstehen für den Haushalt 2012/2013?

- Dem Bezirk überweist für seine Liegenschaften kalkulatorische Kosten (Gesamtsumme 29,9 Mio. für 2012 für den Bezirk Pankow) an den Senat. Für die Fröbelstraße betragen die kalkulatorischen Kosten allein ca. 1,33 Mio. € im Jahr. Ein Jahr nachdem die Liegenschaft aus dem Vermögen des Bezirks übertragen wird, wird der Betrag nicht mehr

von der Zuweisung abgezogen. Hinzukommen Investitions- und Unterhaltungsmittel, die in diesem Objekt gebunden sind. Der Bezirk muss aber dann auch eine Miete für das Ersatzobjekt bezahlen. Nach den bisher vorliegenden Modellrechnungen des Bezirksamtes ist in Summe nachhaltig mit einer strukturellen Haushaltsentlastung zu rechnen. Das Bezirksamt muss jetzt die Verhandlungen mit den potentiellen Vermietern zügig zu einem Abschluss bringen, um die notwendige Vorlage für den Hauptausschuss erstellen zu können. Mit diesem Beschluss wurden die buw-Kosten für das zweite Halbjahr 2013 abgesenkt (Gebäudeabgabe der Fröbelstraße zum 01.07.2013) und die für das Jahr 2012 für die Fröbelstraße vorgesehenen Mittel für die bauliche Sanierung in Schulen umgelenkt. Die Mittel sollen zielgerichtet für die Jugendkunstschule sowie für bauliche Rettungswege in den Schulen eingesetzt werden.

Was passiert mit der Fröbelstraße?

- Der Bezirk soll die Liegenschaft treuhänderisch an den Liegenschaftsfonds Berlin GmbH übertragen. Innerhalb von drei Jahren soll dann ein städtebauliches Qualifizierungsverfahren für die Liegenschaft mit anschließendem Bebauungsplanverfahren unter breiter Bürgerbeteiligung durchgeführt werden. Hierbei werden Nutzungen festgelegt und geklärt, welche Gebäude per Erbpacht an Dritte vergeben werden. Es wird auch geklärt, ob und welche Gebäude wieder in das Fachvermögen des Bezirkes überführt werden (im Gespräch: Haus 6 mit dem Bürgeramt) oder ob ein ergänzender Neubau wirtschaftlicher ist. Wichtiges Ziel ist der Erhalt der denkmalgeschützten Gebäude in der Fröbelstraße, die zu verfallen drohen. Die Gebäude sollen vielfältig genutzt und das Quartier belebt werden. Die BVV will hierfür das Mittel der Erbpacht nutzen. Weiterhin soll ein Konzeptverfahren durchgeführt werden, damit nicht die Höhe des Verwertungserlöses sondern das beste Konzept für die Vergabe den Ausschlag gibt. Diese Rahmenbedingungen setzen eins zu eins die im Koalitionsvertrag verankerte „neue Liegenschaftspolitik“ um.

### **Sicherung und Weiterentwicklung des kulturellen Angebots im Thälmannpark**

Im Kulturbereich gibt der Bezirk im Vergleich zu den anderen Bezirken mehr Geld aus als er in der Zuweisung des Senates für das kulturelle Angebot erhält. Für das Haushaltsjahr 2010, das maßgeblich ist für das Haushaltsjahr 2012, haben wir eine Unterdeckung von ca. 1,4 Mio. € (für 2011 sogar über 1,6 Mio. €). Andere Bezirke erhalten dagegen mehr Geld als sie für die Kultur ausgeben.

Wo liegen die größten strukturellen Probleme? (Zahlen für das KLR-Ergebnis 2011)

- Bei den Bibliotheken (-412.000 €)
- Bei der VHS (-324.000 €)
- Beim Bezirksmuseum (-260.000 €)
- Bei der Musikschule (-247.000 €)
- Bei den kulturellen Angeboten (-147.000 €)

Die Musikschule hat in den letzten Jahren konsequent die Infrastrukturkosten abgebaut und zugleich das Angebot ausgebaut. Dies geschah auf Grundlage der Haushaltsbeschlüsse der BVV. Dadurch wurde das Ergebnis der Musikschule in den letzten Jahren erheblich verbessert. In dem Beschluss für den Doppelhaushalt 2012/2013 wird diese Linie konsequent fortgesetzt. Dabei wird auch

berücksichtigt, dass die Musikschule nicht nur inzwischen eine deutlich verbesserte Zuweisung vom Senat erhält sondern auch im erheblichen Umfang eigene Einnahmen erwirtschaftet und ebenso wie die Volkshochschule einen hohen Kostendeckungsgrad hat.

Im Bereich der VHS wird das Angebot schrittweise ausgedehnt, um eine bessere Ausnutzung der Infrastruktur und ein besseres Ergebnis zu erreichen.

Beim Bezirksmuseum wirken sich die sehr hohen Infrastrukturkosten aus. Durch erweiterte Öffnungszeiten - abgesichert durch gesteigerte Honorarmittel - sollen die Angebote ausgeweitet und das Ergebnis verbessert werden. Dies ist der einzige Weg, um ohne Aufgabe der Immobilie das Angebot kostendeckender zu gestalten.

Bei den Bibliotheken ist eine externe Untersuchung in Auftrag zu geben, die analysiert, warum der Bezirk mit ca. 672.000 Besucherinnen und Besucher im Jahr so deutlich unter der Zielmarke anderer Bezirke bleibt. Hier stellt sich u.a. die Frage, warum nicht wie in anderen Bezirken zielgerichtet Angebote für die Ausleihe von „Bestsellern“ gemacht werden, die die Nutzerzahlen und zugleich die Einnahmen steigern. Erst nach Vorlage des externen Konzeptes kann entschieden werden, ob die Fachbereichsleiterstelle Bibliotheken neu besetzt werden kann. Hierbei wird auch zu klären sein, warum der LUV-Leiter (laut Stellenplan „Bibliotheksdirektor“) nicht zugleich die gemeinsame Leitung des LUVs und des Fachbereiches übernehmen kann.

Für die bezirklichen kulturellen Angebote im Thälmannpark fallen überproportionale Personalkosten an. Da die Sicherung des Personals Voraussetzung für den Erhalt der kommunalen Angebote am Standort ist, kommt es darauf an, die notwendige Kostenentlastung durch eine verbesserte Nutzung der Immobilie zu erreichen. Voraussetzung dafür ist ein Auszug der Kulturverwaltung aus dem Standort und eine treuhänderische Übertragung an die GSE gGmbH bei Rückmietung von Teilflächen für die kommunalen Angebote (Theater unterm Dach, Galerie Parterre, Wabe). Eine erste überschlägige Berechnung des Bezirksamtes zeigt hier eine Entlastung für den Bezirkshaushalt von ca. 100.000 € pro Jahr. Diese Berechnung muss in Verhandlungen mit der GSE gGmbH weiter konkretisiert werden. Parallel sind die Bemühungen zur Einwerbung von Drittmitteln zur Sanierung des Standortes durch das Bezirksamt weiter voran zu treiben. Neben Mitteln aus dem Programm Stadtumbau Ost sollte auch die Ausweisung eines Sanierungsgebietes für das gesamte Quartier geprüft werden.

Da die Entlastung des Bezirkshaushaltes durch die Übertragung des Areals perspektivisch erst in zwei Jahren wirksam wird, wurden die Mittel für die Sicherung der freien Kulturarbeit durch Umschichtungen im Haushalt gewonnen. Dafür wurden vor allem Einnahmen angesetzt, die nicht dauerhaft erzielt werden (z.B. Abgeltung dinglicher Rechte Titel 11944 in Kapitel 5909).

Eine dauerhafte Sicherung der freien Kulturarbeit ist daher nur möglich, wenn die angestrebte Umstrukturierung hin zu mehr Angeboten bei sinkenden Kosten in den nächsten Monaten tatsächlich auch gelingt. Daher ist auch zu prüfen, wie durch alternative Immobilienkonzepte auch andere Standorte dauerhaft gesichert werden können.

## **B. Wichtige Eckpunkte bei den Ausgaben**

**Zielstellung: Wir wollen weitgehend die Kürzungsmaßnahmen des Bezirksamtes rückgängig machen. Dabei aber die Grundlagen setzen für strukturelle Veränderungen.**

Die größten Verluste entstehen dabei: (Zahlen aus dem KLR-Ergebnis 2011)

- Im Bereich Soziales (2011: 4,1 Mio. €)
- Im Bereich Kultur und Weiterbildung (2011: 1,67 Mio. €)

#### Im Bereich Soziales:

- Eine externe Studie soll die Personal-Probleme im Sozialamt analysieren. Von den Beschäftigten wird die Verbesserung der Gebäudesituation als wichtigste Verbesserung genannt. Derzeit sind 28 Stellen nicht besetzt, deshalb braucht das Bezirksamt die Möglichkeit Außeneinstellungen durchführen zu können.
- Auf Vorschlag des Amtes zieht die Heilsarmee und Beratung & Leben in das derzeitige Objekt von Beratung & Leben. Die Senioreneinrichtung Charlottenhof bleibt erhalten.

#### Im Bereich Gesundheit:

- Die notwendigen Stellen im Bereich der Schuleingangsuntersuchungen und der Hygiene- und Umweltmedizin bleiben erhalten.

#### Im Bereich Jugend:

- Der Zuwendungstitel für freie Jugendarbeit wird um 238.000 € verstärkt, um den Abbau von bezirklichen Einrichtungen durch freie Träger zu kompensieren. In 2012 wird eine grundlegende Evaluation des Angebots vorgenommen und die Auswirkungen durch die Ausweitung von Ganztagsangeboten an den Schulen zu berücksichtigen.

#### Gartenarbeitsschule:

- Die Gartenarbeitsschule Pankow bleibt erhalten, wie das Bezirksamt bereits mit der 1. Nachschiebeliste beschlossen hat. Damit ist eine dauerhafte Sicherung durch einen Übertragung an einen Träger aber nicht ausgeschlossen.

#### Ehrenamtliche Bibliotheken:

- Die Ehrenamtlichen Bibliotheken in Wilhelmsruh und Französisch Buchholz erhalten weiter ihre Zuschüsse und können somit fortbestehen. Dies hat bereits das Bezirksamt mit der 1. Nachschiebeliste entschieden.
- Die Kurt-Tucholsky-Bibliothek bleibt erhalten. Das Gebäude muss aber dauerhaft besser genutzt werden, denkbare Nutzungen wäre ein Familienzentrum mit Bibliothek. Dazu sind auch andere Formen der Trägerschaft für das Gebäude zu prüfen, die Bibliothek soll als ehrenamtlich geführte bezirkliche Einrichtung erhalten bleiben.

#### Angebote im Bereich Kultur:

- Die Sach-, Honorar- und Projektmittel-Titel für den Kulturbereich werden erheblich verstärkt.
- Der Medienetat der Bibliotheken wird auf das Niveau von 2011 angehoben, jedoch in Höhe von 200.000 € gesperrt, bis klar ist, dass zielgerichtet untersucht wird, warum die Pankower Bibliotheken schlechter als der Berliner Durchschnitt genutzt werden.
- Das Museum erhält zusätzliche Honorarmittel für eine Ausweitung der Wochenendöffnungszeiten. Der Standort Heynstraße bleibt erhalten.

- Das Musikschulangebot wird um 90.000 € ausgeweitet, um mit kostendeckenden Angeboten (insbesondere für Eltern von Musikschüler/innen in den Nebenzeiten) zusätzliche Einnahmen für die Musikschule zu erzielen. Zugleich werden die Mittel für Veranstaltungen und für die Reparatur von Instrumenten deutlich aufgestockt.

#### Bereich Stadtentwicklung und Grünanlagen:

- Durch einen Aufgabenzuwachs im Bereich Stadtentwicklung ist eine Stellenverstärkung notwendig.
- Es werden zusätzliche Planungs- und Personalmittel für Bebauungspläne eingestellt. Der Bezirk wächst stark, ohne vorbereitende Bauleitplanung kann das Wachstum unkontrolliert und damit negativ erfolgen.
- Die Grünflächenunterhaltung wird insbesondere für Spielplätze verstärkt.

Eine Sicherung der Immobilie „Stille Straße“ im Fachvermögen war nach Abwägung aller Rahmenbedingungen nicht möglich. Für die Abwägung war entscheidend, dass es andere Angebote in der Nähe gibt sowie der hohe bauliche Instandhaltungsbedarf des Gebäudes in der Stille Straße. In der Investitionsplanung ist daher eine Umschichtung zugunsten anderer Maßnahmen, vor allem Schulen, vorzusehen.